



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

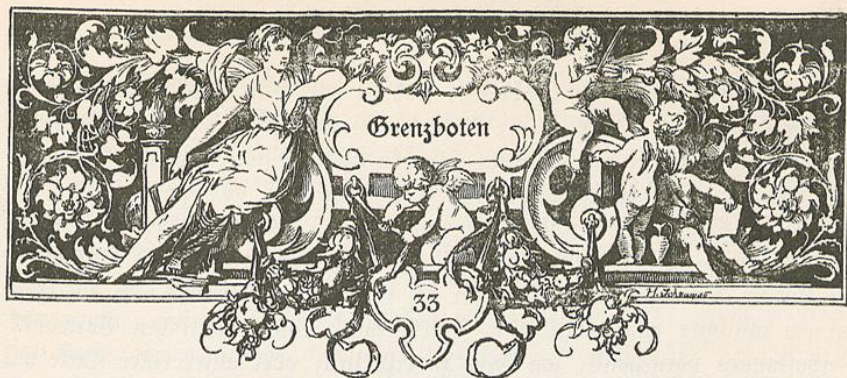
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

*: Italien und die albanesische Frage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Italien und die albanesische Frage



Unser Artikel „Italien und der Dreibund“ (in Nr. 23 vom 6. Juni), dessen Zukunftsbild von mancher Seite als bloße phantastische Schwarzseherei verspottet wurde, hat von italienischer Seite her, in den Debatten des römischen Abgeordnetenhauses am 7. und 8. Juni dieses Jahres, eine merkwürdige Beleuchtung erhalten. Sie könnte den klugen Leuten bei uns, die über gewisse Schwierigkeiten bei der Erneuerung des Dreibunds leichtfertig hinwegzusehen belieben, zu denken geben. Denn dort war die Rede von den italienischen Interessen in Albanien, die auch unser Artikel schon streifte, und drei Redner von verschiedenen Parteien, Bovio, Guicciardini und de Marinis, machten gar kein Hehl daraus, daß die Interessen Italiens in Albanien mit der Besetzung des Landes durch eine andre Großmacht unverträglich seien. Gemeint war damit Österreich. Derselbe Abgeordnete, der dies besonders hervorhob, Francesco Guicciardini, hat seine Ansicht soeben in einem größern Artikel auf Grund persönlicher Beobachtungen, die er auf einer Reise durch Albanien im Sommer 1900 gemacht hat, in Verbindung mit farbenreichen Schilderungen von Land und Leuten ausführlich dargelegt (Nuova Antologia vom 16. Juni und 1. Juli dieses Jahres unter dem Titel Impressioni d'Albania). Er ist von Prevesa aus nach Samina, dem alten Herrnsitze Ali Paschas († 1822), gegangen, hat dabei die Stätte des alten Dodona besucht, von dort bei Sagioi Saranta (Quaranta Santi) gegenüber Korfu die Küste erreicht und an dieser hin die Reise über Ballona (Vlona) und Durazzo nach Skutari fortgesetzt. Ins Innere des albanesischen Berglands ist er also nicht gekommen, aber er hat soviel gesehen, daß er sich ein Urteil bilden konnte, das unbefangen und umsichtig, wie es ist, mit der warmen Teilnahme für das Volk und seine Zukunft einen scharfen Blick für die Interessen Italiens verbindet.

Überall stellt er zunächst die Erbärmlichkeit der türkischen Verwaltung und die Unhaltbarkeit der heutigen Zustände fest. Der fahrbaren Straßen giebt es nur wenig, und sie sind meist schlecht gehalten, der Telegraph ist

auf ein paar Hauptpunkte beschränkt, und es darf nur in türkischer Sprache, die der ungeheuern Mehrheit der Bevölkerung unverständlich ist, telegraphiert werden; die wenigen Postanstalten für den ausländischen Verkehr sind österreichisch, für Schulen geschieht von der Regierung aus gar nichts, und albanesische Schulen duldet sie überhaupt nicht. Die Rechtspflege ist parteiisch und kostspielig, also für die Mehrheit der Bevölkerung gar nicht vorhanden, die Polizei geradezu eine Gefahr für die persönliche Sicherheit, da die Gendarmen mitunter ganz willkürlich, unter irgend einem politischen Vorwande, Verhaftungen vornehmen, um Geld zu erpressen, oder unter einer Decke mit den zahlreichen Briganten stecken, die, wenn ihnen regelmäßige Schatzungen geleistet werden, für die Zahlenden die Sicherheit besser verbürgen als die hohe Polizei. Reisen ins Innere sind darum nur unter bewaffneter Bedeckung möglich. Die schweren und mannigfaltigen Steuern: der Zehnte von den Feldfrüchten, die Taxe von den Schafherden, die Wehrsteuer für die von der Wehrpflicht befreiten Christen, die Kopfsteuer für das Straßenwesen, die Grundsteuer, die Regalien und Monopole (Zölle, Tabak, Salz) lasten so schwer auf der armen Bevölkerung, daß die Einwohner des Vilajets Jannina, etwa eine halbe Million Menschen auf 22000 Quadratkilometer, jährlich etwa 10 Millionen Franken aufzubringen haben, also im Durchschnitt 20 Franken auf den Kopf, und doch werden diese Summen nur zum allerkleinsten Teile für die Bedürfnisse des Landes verwandt, vielmehr meist für den Hof in Konstantinopel, die hohen Gehalte und andre, illegitime Bedürfnisse der obersten Beamten, die Befoldung der untern Beamten, der Gendarmerie und des Militärs, mit der die Regierung doch immer im Rückstande bleibt. Allerdings sind die Zustände nicht überall gleich. Die Bergstämme des Innern, namentlich des Nordens, stehn nur unter einer Art von Oberhoheit des Sultans, zahlen lediglich eine Art von Rekognitionszins, stellen nur für den Kriegsfall ihre Kontingente und leben im übrigen nach ihrem einheimischen Gewohnheitsrecht unter dem Regiment ihrer fast erblichen Stammeshäupter und des Rats der Älten; die Verbindung des Stamms mit dem Wali von Skutari stellt ein dort wohnender Vertrauensmann, der Bulusbaschi her, und seit einigen Jahren besteht dort auch eine Art von Schiedsgericht für die Streitigkeiten zwischen den Stämmen, doch ist die Blutrache, die Vendetta, nicht auszurotten. Auch Skutari hat besondre Vorrechte: Befreiung vom Zehnten, von der Straßentaxe und von der Aushebung auch für die Mohammedaner; aber um so schwerer drücken die Lasten auf die Teile des Landes, die unmittelbar unter türkischer Herrschaft stehn, am schwersten natürlich auf die grundherrlichen Bauern, die Unterthanen des überall vorwiegenden Großgrundbesitzes (Tschiflik), die außer den Leistungen an die Regierung auch einen mehr oder weniger hohen Anteil von ihren Erzeugnissen an den ihnen oft nach Lebensgewohnheiten, Rasse und Religion ganz fremden Grundherrschaften abgeben müssen und dazu auch noch von den Steuerpächtern in der willkürlichsten Weise übervorteilt werden. Weit besser ist die Lage der freien Dörfer, deren Bauern Eigentümer ihres Grund

und Bodens sind und schon in ihrem Auftreten wie in ihren soliden, reinlichen, gut gehaltenen Häusern einen leidlichen Wohlstand verraten, während die bei weitem zahlreichern grundherrlichen Dörfer schon aus ihren kümmerlichen, elenden Hütten die jämmerliche Lage ihrer Bewohner erkennen lassen.

Alles in allem ist also Albanien bei weitem nicht das, was es nach der Tüchtigkeit seiner Bevölkerung und der natürlichen Fruchtbarkeit seiner wasserreichen Täler und Ebenen, wo überall Mais, Tabak, Oliven und ein üppiger Baumwuchs, namentlich prachtvolle Platanen von oft riesiger Größe gedeihen, sein könnte, denn es wird nicht zum Nutzen des Landes, sondern lediglich im Interesse seiner Herren, eben auf gut türkisch, regiert. Darum ist die Unzufriedenheit allgemein, und das Brigantenwesen namentlich in Epirus so wenig auszrottbar, daß die Regierung es als „eine natürliche Sache“ resigniert hin nimmt.

Und die Zukunft? Die eigentlichen Albanesen (Schkipetar), die Nachkommen der alten Illyrier (jetzt etwa 1 600 000 Köpfe), sind seit Jahrhunderten als tapfere Leute, als „beherzte Totschläger“ bekannt und haben diesen Ruf noch im jüngsten türkisch-russischen Kriege 1877/78 so gut wie in Bosnien gegen die Österreicher bewährt. Aber sie werden freilich durch die Gegensätze der Stämme, der Religionen und der Konfessionen in zahlreiche hadernde Gruppen zerrissen, und der ganze Süden des Landes, das Vilajet Jannina, das alte Epirus bis zum Kalamas, ist der Bevölkerung nach griechisch, nicht albanesisch. Die Albanesen selbst sind im Süden, im obern Thale der Bojuzza und an der ganzen Küste bis Ballona hin griechisch-orthodox, in der Mitte und im Nordosten mohamedanisch, im Norden, um Skutari und im Gebiete des Drin römisch-katholisch, und im ganzen Orient bedeutet die kirchliche Zugehörigkeit gemeinhin mehr als die Nationalität. So hat sich das albanesische Nationalgefühl bis jetzt gewissermaßen nur negativ, in dem trotzigem Selbstbewußtsein gegen alle Fremden und in dem Haß gegen die Slaven, namentlich die Montenegriner, geäußert. Immerhin konnte sich die albanesische Liga von Prizrend, die sich aus Männern ganz Albaniens ohne Unterschied der Religion und des Stammes zusammensetzte, jahrelang, 1876 bis 1880, behaupten und den Plänen der europäischen Diplomatie auf eine weitergehende Aufteilung des Landes zu Gunsten Montenegros und Griechenlands wirksam entgegentreten. Die Hoffnung, daß sich das albanesische Nationalgefühl bis zu positiven politischen Leistungen und Plänen verstärke, ist also gewiß nicht ganz eitel.

Vielleicht beschleunigen die einander widerstreitenden Einflüsse der fremden Mächte diesen Prozeß. Montenegro, von der „österreichischen Zange“ von allen andern Seiten her gepackt und von der natürlichen Verbindung mit den durch Rasse, Religion und Geschichte ihm nächststehenden Slaven der Balkanhalbinsel abgeschnitten, möchte sich am liebsten den ganzen Norden Albaniens anfügen. Von Süden her betreibt Griechenland weit über die Grenzen seiner Nationalität in Epirus hinaus eine überaus rührige Propaganda durch den in ganz Albanien verbreiteten orthodoxen Klerus, durch die zahlreichen grie-

chischen Schulen, die unter der Leitung des athenischen „Syllogos“ stehn und auch in rein albanesischen Orten das Griechische als die Sprache der höhern Kultur und des Handels lehren, endlich durch die Konsuln, die zahlreicher sind als die jeder andern Macht. So hoffen die Griechen, nicht nur Epirus zu gewinnen, sondern auch den Süden des eigentlichen Albaniens bis zum Sememi nördlich von Ballona, während sie bereit sein würden, den Norden an Montenegro zu überlassen. Doch den weitaus stärksten Einfluß in Albanien übt heute Österreich aus. Es hat herkömmlich das Protektorat über die römisch-katholische Kirche des Landes; die dortigen Bischöfe, die seit 1886 dem neuen Erzbistum Skutari untergeordnet sind, kommen entweder aus Österreich oder sind doch österreichisch gesinnt und erfüllen ihren Klerus mit derselben Gesinnung, sodaß fast in keinem Pfarrhause das Bild Kaiser Franz Josephs fehlt; es sucht im Süden die mohammedanischen Beys zu gewinnen, auf die es sich bekanntlich auch in Bosnien stützt, es zieht junge Leute aus solchen Familien in österreichische Unterrichtsanstalten; in Skutari besteht ein vortrefflich eingerichtetes österreichisches Hospital, Schulen österreichischer Ordensleute giebt es in Skutari, Ballona, Durazzo, Prizrend und anderwärts; die einzigen Postämter des Landes in Jannina und in S. Giovanni di Medua bei Skutari sind österreichisch, österreichisch die Dampferlinien und die Küstenschiffahrt. „Kurz, der Albanese kann sich fast nicht bewegen, ohne auf Schritt und Tritt dem österreichischen Wappen zu begegnen. Die Briefe, die er erhält, die Dampfer, mit denen er reist, die Kirchen, wo er betet, das Hospital, wo er sich, falls er Skutariner ist, kurieren läßt, alles das sagt ihm, daß es jenseits der Regierung des Sultans noch eine andre Regierung giebt, die nicht lebt, um ihn mit Gewaltthatigkeiten und Abgaben zu erdrücken, sondern um ihn mit jeder Kulturarbeit zu unterstützen und emporzuheben.“ Guicciardini schreibt darum der Politik Österreichs den Gedanken zu, seine „Vorherrschaft“ (*predominio*) in Albanien wenn nicht bis zum Golfe von Ambrakia, so doch bis zum Kalamas, der 1878 ursprünglich bestimmten neuen Nordgrenze Griechenlands, zu begründen, und er will darin eine Nachgiebigkeit gegen „die slawischen Strömungen“ sehen, die Österreich beherrschen. Jedenfalls traut er dem Reiche der Habsburger sehr viel mehr Haltbarkeit und Kraft zu, als unsre guten „Alldutschen“ diesseits und jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle, die seinen baldigen Zerfall prophezeien oder auch wünschen, nur weil es kein Nationalstaat ist und auch niemals mehr einer werden kann, und die kein Auge dafür haben, was für eine Macht die römisch-katholische Kirche für Österreich wie im Innern so auch in seiner auswärtigen Politik noch heute ist. Der Italiener ist unbefangener, vielleicht weil der Argwohn meist scharf sieht, und er bedauert innerlich wahrscheinlich, daß diese Macht seinem Vaterlande feindselig gegenübersteht, auch in Albanien, wo der römisch-katholische Erzbischof von Skutari 1898 die italienischen Schulen sogar „mit dem Interdikt belegte.“

Denn natürlich, er stellt die italienischen Interessen voran. Von den etwaigen „historischen Rechten“ seines Vaterlands auf Albanien spricht er

weiter nicht, obwohl er, offenbar nicht ohne Behmut, in den wichtigsten Hafenplätzen, wie Prevesa, Quaranta Santi, Ballona, Durazzo, Skutari u. s. f., auf venezianische Forts und Wappenschilder trifft, denn er weiß, daß dergleichen nicht entscheidet; aber er hebt mit Genugthuung das Bestehn italienischer Konsulate, Schulen (z. B. in Skutari) und Kolonien, sowie die Verbreitung des Italienischen in den größern Hafenplätzen hervor, und er faßt ihre Bedeutung für Italien scharf ins Auge. Durazzo ist bestimmt, dereinst der Ausgangspunkt der in der Form einer Eisenbahn erneuerten römischen Via Egnatia zu werden, die es mit Saloniki, das Adriatische mit dem Ägeischen Meere verband, also auch dem italienischen Handel neue Bahnen zu eröffnen; Ballona, dessen weite, tiefe, sichere Bucht die größten Kriegsflootten aufnehmen und einen Kriegshafen ersten Rangs abgeben könnte, liegt nur 80 Kilometer von Otranto entfernt, so nahe an Italien, daß man von der Höhe des Raps Glossa (Vinguetta), des akrokeraunischen Vorgebirgs, aus bei klarem Wetter die Küsten Apuliens sehen kann, und daß ein gewöhnlicher Postdampfer diese Strecke in vier, ein Torpedoboot in kaum zwei Stunden zurücklegt, nur wenig über ein Drittel soweit, wie von dem französischen Biserta bis zur Westspitze Siziliens (220 Kilometer). „In den Händen einer Kriegs- und Seemacht würde dieser Golf nicht nur eine Drohung für unser Land sein, wie Biserta, es würde mehr sein, ein unwiederbringlicher Verlust, denn der Herr dieses Golfs ist tatsächlich der Herr des Adriatischen Meeres.“ „Unser Land konnte sich dem Verhängnis beugen, das Karthago in Biserta neu erstehn ließ, aber es könnte, ohne auf seine Bestimmung zu verzichten, nicht ertragen, daß ein zweites Biserta am Eingange des Adriatischen Meeres entstünde.“ Denn dann würde Italien auf „beiden Zungenflügeln“ gelähmt sein. Dasselbe hat Guicciardini beinahe mit denselben Worten in der Kammer ausgesprochen. In der That hat jede starke in Italien gebietende Macht nach dem Besitz dieser Gegenküste gestrebt; Rom hat sie sich früher unterworfen als Makedonien und Griechenland, Venedig hat seine Herrschaft erst in Dalmatien, später auch hier und da in Albanien begründet; umgekehrt haben die Griechen von hier aus nach Süditalien hinübergegriffen, die Türken es lange bedroht und einmal vorübergehend sogar Otranto beherrscht (1480/81). Mit dem Zusammenbruche der Republik Venedig 1797 hat Italien die istrische und dalmatinische Ostküste der Adria an Österreich verloren; es ist also sehr verständlich, daß es nicht auch noch die albanesische Küste in den Händen einer fremden Seemacht sehen will.

Nach diesen militärischen und wirtschaftlichen Verhältnissen erörtert Guicciardini die möglichen Lösungen der albanesischen Frage. Eine österreichische Okkupation würde nur eine neue Fremdherrschaft an die Stelle der türkischen setzen, die, je mehr das albanesische Volk durch die Hebung seiner Kultur zum Selbstbewußtsein erwache, ihm um so unerträglicher erscheinen würde; sie würde „einen Bruch des Gleichgewichts in der Adria bedeuten,“ und „Italien und Montenegro könnten sie in keiner Weise ertragen.“ Eine montenegrinische Herrschaft würde auf den stärksten Widerstand der Bevölkerung

stoßen und die wichtigsten Häfen am Eingange des Adriatischen Meeres einer slawischen Macht (tatsächlich Rußland) überliefern, wäre also für Österreich und Italien gleich unannehmbar. Demselben Widerstande würde eine Ausbreitung Griechenlands bis zum Sememi begegnen, denn die Möglichkeit läge vor, daß es einmal auf die jenen beiden Großmächten feindliche Seite (nämlich Rußlands) trete. Die einzige Lösung, die alle diese Gefahren vermeiden würde, ist also nach Guicciardini die Errichtung eines autonomen albanesischen Staats unter der Oberhoheit des Sultans mit Abtretung des südlichen Epirus bis zum Kalamas an Griechenland. Allerdings will Guicciardini diese Lösung keineswegs überstürzen, er sagt vielmehr: „Man achte wie in Tripolis den status quo, so lange er sich halten kann; aber da der status quo wenig Bürgschaften der Dauer hat, so bereite man mit klaren Vorsätzen und einer vorsichtigen und konsequenten Aktion und mit den entsprechenden Mitteln eine diplomatische Lage vor, von der eine Ordnung der albanesischen Dinge ausgehen kann, die den italienischen Interessen entspricht,“ nämlich den autonomen albanesischen Staat. Er weiß die friedlichen Erklärungen der italienischen und der österreichischen Minister über diese Frage wohl zu würdigen, aber er bemerkt sehr richtig: „Die Ereignisse sind oft stärker als die Vorsätze, und wenn die politischen Situationen reifen, dann fühlen sich die Regierungen niemals an die abgegebenen Erklärungen gebunden, und sie verfahren gemäß den Interessen ihres eignen Landes.“ Noch viel rückhaltloser äußerte sich der radikale Abgeordnete de Marinis in derselben Debatte: Italien müsse sich die Erneuerung des Dreibunds zweimal überlegen, denn es gehe um Albaniens willen einem Konflikte mit Österreich entgegen. Albanien den Albanesen! Dieses Programm müsse Italien durchführen, und es müsse nötigenfalls alle Mittel anwenden, die ihm zu Gebote stehn. Das alles unter dem stürmischen Beifall des Hauses!

Nun, die Herren, die so geredet und geschrieben haben, sind vorläufig nur Abgeordnete, keine Minister, und die Erklärungen vom Ministertische her haben an der Absicht des römischen Kabinetts, den Dreibund zu erneuern, keinen Zweifel gelassen. Aber in Italien wechseln die Ministerien rasch, und das Parlament hat dort auf die auswärtige Politik mehr Einfluß als bei uns. Das hat seine sehr dunkeln Schattenseiten, aber auch die Lichtseite, daß es das Verantwortlichkeitsbewußtsein bei den Abgeordneten schärft und den einen oder den andern antreibt, eine wichtige Frage an Ort und Stelle zu studieren, wie es Guicciardini soeben in Albanien gethan hat. Ein bloßes Drauflosreden ins Blaue hinein mit einer durch keine Sachkenntnis getrübbten Objektivität aus der Redaktionsstube oder vom Schreibtische aus fällt dann von selbst weg, und als der Zweck des Parlaments erscheint dann nicht nur die unverantwortliche Kritik an den Handlungen der Regierung, sondern auch die sehr verantwortliche Aufgabe, unter Umständen eine im Gegensatz zu dem augenblicklichen Ministerium stehende politische Richtung mit neuen Männern durchzuführen. Und deshalb ist es doch sehr bemerkenswert, daß das römische Abgeordneten-

haus ein Programm mit Beifall begrüßt hat, von dem man dort annimmt, daß es nur gegen Österreich, gegen eine verbündete Macht durchgeführt werden kann.

Ob man damit Recht hat, ob man in Wien wirklich an eine dereinstige Erwerbung Albaniens denkt, das erscheint freilich äußerst zweifelhaft. Der schwerfällige, künstliche Bau des österreichisch-ungarischen Gesamtstaats, der schon die Erwerbung Bosniens nur in der Form einer militärischen Okkupation, nicht einer Einverleibung hat durchführen können, würde eine neue Belastung mit so völlig fremdartigen, schwer regierbaren Elementen, wie es die Albanesen sind, jedenfalls nur im äußersten Notfalle auf sich nehmen und die Errichtung eines innerlich autonomen, äußerlich vom Sultan abhängigen Staatswesens, also die Ausführung des italienischen Programms wahrscheinlich vorziehn. Keinesfalls liegt es in der jetzigen Richtung der notwendigerweise konservativen österreichischen Politik, die orientalische Frage auf der Balkanhalbinsel selbst wieder aufzurollen, und ebensowenig in der Richtung der deutschen Politik, die im Gegenteil alles thut, um die Türkei zu erhalten, nicht aus Vorliebe für die biedernden Türken, sondern im wohlverstandnen, eignen Interesse. Man könnte in der That auf die Türkei den alten, von Österreich geltenden Satz anwenden: sie müßte erfunden werden, wenn sie nicht schon existierte. Denn ein die ganze Balkanhalbinsel umfassender Nationalstaat ist schlechterdings unmöglich, und ihre schon weit fortgeschrittne Auflösung in kleinere nationale Ganze mit voller Souveränität hat schon bis jetzt arge Nachteile herbeigeführt, der Fortbestand einer über allen diesen hadernnden Stämmen stehenden Macht ist also an sich das wünschenswerte. Das Unglück ist eben, daß eine unmittelbare Herrschaft der Türken über christliche Völker bei der Unverträglichkeit ihrer theokratischen Verfassung mit der modernen Gesittung mehr und mehr zur Unmöglichkeit wird, also die Tage ihres Reichs in Europa in der bisherigen Form gezählt sind. So bleibt eben doch schließlich nur die fortschreitende Verwandlung der dort noch türkischen Gebiete in autonome Provinzen oder Vasallenstaaten, und zu diesem Ziele können die Mächte des Dreibunds zusammenwirken, ohne miteinander in Konflikt zu geraten, also ihre Verbindung und damit den Frieden Europas zu gefährden. Ja es will uns scheinen, als ob das deutsche und das österreichische Programm für die nähere Zukunft des türkischen Orients schon thatsächlich laute: Erhaltung des Status quo so lange wie irgend möglich, und sollte diese Möglichkeit aufhören, weitere allmähliche, friedliche Auflösung der europäischen Türkei in christliche Gemeinwesen unter einer nicht nur scheinbaren, sondern wirklichen Oberhoheit des Sultans, dagegen Erhaltung und Kräftigung des türkischen Reichs in Asien, beides unter abendländischer Überwachung.*

